



Eisenhüttenstadt ist kein Stahlstandort zweiter Klasse

Beim Stahlwerk in Eisenhüttenstadt soll der Hochofen in den nächsten Jahren abgeschaltet werden. Die Produktion soll auf eine klimaschonende Methode mit bedeutend weniger CO₂-Ausstoß umgebaut werden, wie der Betreiber ArcelorMittal verlautbaren ließ. Dafür soll Arcelor auch Fördermittel von der Bundesregierung aus dem 8 Milliarden schweren Fördertopf des Wasserstoff-IPCEIs erhalten.

Der Bundestagsabgeordnete Thomas Nord (DIE LINKE) hat nun bei der Bundesregierung nachgefragt: Wie viel Fördergeld soll in Eisenhüttenstadt ankommen? Welche ökologischen und sozialen Kriterien gelten bei der Vergabe der Fördermittel? Welche Maßnahmen werden getroffen, damit klimaschonend produzierter Stahl international wettbewerbsfähig ist? In welcher Form soll vor Ort in Eisenhüttenstadt im Rahmen des Förderprogramms Wasserstoff-Infrastruktur aufgebaut werden?

Die Bundesregierung hat ihre Antworten auf die schriftlichen Fragen des Bundestagsabgeordneten Thomas Nord (DIE

LINKE) nun veröffentlicht. Die komplette Antwort ist am Ende der Seite als Download verfügbar.

Zusammenfassung der Antworten der Bundesregierung:

- Die konkrete Fördersumme für Eisenhüttenstadt bleibt unklar.
- Das Förderprogramm enthält keine sozialen Förderbedingungen für die Belegschaft.
- Zur Frage der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Stahlproduktion in

Deutschland auf dem Weltmarkt bleibt die Bundesregierung bei nicht überprüfbaren Ankündigungen.

- Der Aufbau einer lokalen Wasserstoff-Infrastruktur in Ostbrandenburg wird nicht fokussiert.

Zu den Antworten der Bundesregierung erklärt Stefan Kunath (DIE LINKE), Bundestagskandidat des Wahlkreises 63 :

► **Fortsetzung auf Seite 4**

„Der Standort Eisenhüttenstadt schaltet den Hochofen ab, damit das Unter-

Parteitag
Bericht von der 2. Tagung
des 7. Kreisparteitages

Seiten 4-5

Bundestagswahl 2021
Soziale Sicherheit
für alle!

Seite 7

Wir wollen das Land verändern! Es darf kein "Weiter so" geben!

Wahlkampf kostet viel Geld. DIE LINKE ist die einzige Partei im Bundestag, die keine Großspenden von Konzernen annimmt, denn wir sind nicht käuflich! Um den Wahlkampf unseres Kandidaten **Stefan Kunath** zu unterstützen, spendet bitte unter dem Strichwort "WK Stefan Kunath" auf folgendes Konto: **DIE LINKE Frankfurt (Oder) - DE73 1705 5050 3200 6168 99 - Sparkasse Oder-Spree** **Vielen Dank!**

Termine

Vertreter*innen linker Parteien und Organisationen

20. Juli 2021, 18:00 Uhr

Treffen der Vertreter*innen linker Parteien und Organisationen

📍 Beratungsraum, Kreisgeschäftsstelle, Zehmeplatz 11, 15230 Frankfurt (Oder)

Cuba Sí Frankfurt (Oder)

23. Juli 2021, 12.00 bis 18.00 Uhr

Infostand von anlässlich des 30-jährigen Bestehens von Cuba Sí

📍 In der Karl-Marx-Straße, etwa in Höhe Eiscafé Bellini

AG DIE LINKE. stärken

13. August 2021, ab 14:00 Uhr

Infostand

DIE LINKE. hilft auf Mindestsicherung Angewiesenen durch Beratung, beim Organisieren und Kämpfen.

Themen: „Jetzt Anträge für digitale Endgeräte stellen!“ und „Hartz-IV-Sanktionen abschaffen!“

📍 Stadtgebiet: Altberesinchen, Dresdener Platz

AG DIE LINKE. stärken

14. August 2021, 14:00 bis 16:00 Uhr

Treffen der AG

📍 Beratungsraum, Kreisgeschäftsstelle, Zehmeplatz 11, 15230 Frankfurt (Oder)

Historische Ereignisse

20. Juli 1944

Das Attentat vom 20. Juli 1944 gilt als bedeutendster Umsturzversuch des militärischen Widerstandes in der Zeit des Nationalsozialismus. Als Voraussetzung für den geplanten Machtwechsel, auch unter dem Gesichtspunkt des „Eides auf den Führer“, wurde die Tötung Hitlers angesehen. Die bei einer Besprechung im "Führerhauptquartier" deponierte Sprengladung verletzte den Diktator jedoch nur leicht.

23. Juli 1944

Befreiung des KZ Majdanek

13. August 1961

Bau der Berliner Mauer

Jahrestage

22. Juli 1878 | Warschau

* Janusz Korczak

Janusz Korczak, mit bürgerlichem Namen Henryk Goldszmit, war ein polnischer Militär- und Kinderarzt sowie Kinderbuchautor und bedeutender Pädagoge. Bekannt wurde er vor allem durch seinen Einsatz für Kinder, insbesondere in einem jüdischen Waisenhaus.

Er begleitete die Kinder des Waisenhauses bei der Deportation durch die deutschen Faschist*innen in das Vernichtungslager Treblinka, obwohl das auch für ihn selbst den Tod bedeutete. Janusz Korczak wurde am 6. oder 7. August 1942 in Treblinka vergast.

🔗 Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Janusz_Korczak

05. August 1895 | London, England

† Friedrich Engels

06. oder 07. August 1942 | Vernichtungslager Treblinka, Woiwodschaft Masowien, heute Republik Polen

† Janusz Korczak

09. August 2012 | Frankfurt (Oder)

† Fritz Krause

12. August 2017 |

† Heather Heyer

13. August 1871 | Leipzig, Sachsen

* Karl Liebknecht

13. August 1913 | Passugg, Schweiz

† August Bebel

13. August 2013 | Leipzig, Sachsen

† Lothar Bisky

14. August 1956 | Berlin

† Bertolt Brecht

15. August 1932 | Hohenstein-Ernstthal, Sachsen

* Rudolf (Rudi) Ramm

17. August 1941 | Zollbrück, Landkreis Rummelsburg i. Pommern, heute Republik Polen

* Lothar Bisky

Betrieb der Geschäftsstelle weiterhin eingeschränkt

Aufgrund der derzeitigen Pandemielage befindet sich die Kreisgeschäftsstelle weiterhin im eingeschränkten Geschäftsstellenbetrieb.

Daraus ergeben sich folgende Öffnungszeiten:

Dienstags 14:00 – 16:00 Uhr

Donnerstags 09:00 – 10:00 Uhr

Freitags 10:00 – 13:00 Uhr

Außerhalb dieser Öffnungszeiten ist die Geschäftsstelle jederzeit per E-Mail unter geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de und per Telefon unter 0335 / 400 20 47 erreichbar. Ihr könnt uns aber auch eine Nachricht hinterlassen, indem Ihr diese in den Briefkasten werft.

Frank Kreitner
Kreisgeschäftsführer

Hinweis: Die Kontaktnachverfolgung ist weiterhin obligatorisch. In der Kreisgeschäftsstelle kann man seine Anwesenheit per **luca-App** dokumentieren.
www.luca-app.de

Die Nutzung ist selbstverständlich freiwillig. Wer die luca-App nicht nutzen möchte, muss ich weiterhin in die Anwesenheitslisten eintragen.

Gedenk-, Aktions- und Feiertage

Vereinte Nationen (UN)
18. Juli

Nelson-Mandela-Tag

06. August

Gedenktag an den Atombombenabwurf auf Hiroshima

09. August

Gedenktag an den Atombombenabwurf auf Nagasaki

Vietnam

10. August

Gedenktag der Agent-Orange-Opfer

Vereinte Nationen (UN)

12. August

Internationaler Tag der Jugend

Bau der Berliner Mauer

Vereinte Nationen (UN)

19. August

Welttag der humanitären Hilfe

Zum Geburtstag wünschen wir allen Genoss:innen und Leser:innen alles Gute und ein wunderbares neues Lebensjahr.



STADTRADELN 2021

Am 29.08.2021 startet in Frankfurt (Oder) wieder der Wettbewerb STADTRADELN. Dabei treten alle Teilnehmenden 21 Tage lang in die Pedale für mehr Radförderung, Klimaschutz und Lebensqualität.

Dafür steht auch unser Kandidat im WK63 Stefan Kunath. Seid also herzlich einge-

laden mit eurem Beitritt zum „DIE LINKE. Team Kunath“ viele Kilometer zu sammeln und ein Zeichen für Radförderung, Klimaschutz und Lebensqualität zu setzen. Meldet Euch selbst in der App „Stadtradeln“ an oder in der Geschäftsstelle, damit auch jeder geradelte Kilometer zählt.



Hinweis:

Im Jobcenter Frankfurt (Oder) ist von Montag bis Freitag, 7:30 bis 12:30 Uhr die Erstellung von Kopien möglich.

Eisenhüttenstadt ist kein Stahlstandort zweiter Klasse

► Fortsetzung von Seite 1

nehmen ArcelorMittal die Förderkriterien für klimagerechten Stahl erfüllt. Meine Sorge ist, dass die Fördergelder aber fast ausschließlich an den Bremer Standort gehen. Das Ergebnis: Eisenhüttenstadt verliert einen Teil der Produktionslinie, der Bremer Standort wird ausgebaut und Eisenhüttenstadt von Bremen abhängig gemacht.“

Zur Wasserstoffversorgung erklärt Kunath:

„Ich fordere den massiven Aufbau der Wasserstoffversorgung in Ostbrandenburg. Davon würde auch die Lausitz profitieren. Es ist völlig unerklärlich, warum der Energieträger der Zukunft nur Bremen, nicht aber das Stahlwerk in Eisenhüttenstadt versorgen soll. Anstatt die Region mit Wasserstoff zu versorgen, wird Eisenhüttenstadt mit einer Modellanlage zur Direktreduktion abgespeist. Damit droht Eisenhüttenstadt in Zukunft nur noch ein Stahlstandort zweiter Klasse zu sein.“

Zu den fehlenden sozialen Kriterien beim Umbau der Stahlproduktion sagt Kunath:

„Die soziale Sicherheit der Beschäftigten spielt für die Bundesregierung keine Rolle. Dass die Förderkriterien an keine sozialen Bedingungen gebunden sind, ist nicht hinnehmbar. Die Region braucht Ausgleichsarbeitsplätze und Umschulungsprogramme, die Beschäftigten Sicherheit durch Betriebsrenten. Es ist vollkommen unklar, wie viele Arbeitsplätze wegbrechen, welche Perspektiven die betroffenen Beschäftigten und unsere Region Ostbrandenburg haben. Klimaschutz und soziale Sicherheit gehören immer zusammen.“

„Klimaschutz auf dem Rücken einer Stadt kann nicht funktionieren. Der Umbau zum grünen Stahl auf Kosten der Beschäftigten schwächt die gesellschaftliche Bereitschaft zum Klimaschutz. ArcelorMittal, Landes- und Bundesregierung müssen ihre Konzepte zum Umbau des Standorts Eisenhüttenstadt offenlegen. Beschäftigte und Bewohner:innen der Stadt müssen über einen Transformationsrat angehört und beteiligt werden. Konsequenter Klimaschutz funktioniert nur mit sozialer Sicherheit und mit Beteiligung der Betroffenen. DIE LINKE will 40 Milliarden Euro in den Umbau der Wirtschaft auf klimaschonende

Produktion investieren, finanziert durch eine soziale Steuerreform einschließlich einer Vermögenssteuer für Superreiche.“



Stefan Kunath

LINKER Direktkandidat im Wahlkreis 63 Frankfurt (Oder) – Oder-Spree, Kreisvorsitzender DIE LINKE. Frankfurt (Oder) und Mitglied der Fraktion DIE LINKE/BI Stadtumbau in der SVV Frankfurt (Oder)

 stefan.kunath@dielinke-ffo.de

 facebook.com/stefan.kunath.linke

 instagram.com/stefan_kunath

 stefan-kunath.eu



Esther Bejarano

15. Dezember 1924 - 10. Juli 2021

„Ihr habt keine Schuld an dieser Zeit.

**Aber ihr macht euch schuldig,
wenn ihr nichts über diese Zeit wissen wollt.**

**Ihr müsst alles wissen, was damals geschah.
Und warum es geschah.“**

Esther Bejarano

Wir trauern und verneigen uns voller Respekt vor dem Lebenswerk der unbeugsamen und unermüdlichen Antifaschistin Esther Bejarano, die am 10. Juli in Hamburg verstorben ist.

#Antifaschismus #VVNBdA #Antifa #keinfussbreitendefaschisten
#keinvergessen #keinvergeben

Zur 2. Tagung des 7. Parteitages

Die 2. Tagung fand am 26. Juni 2021 in der Messehalle unter Einhaltung der geforderten Hygienemaßnahmen statt. Für die teilnehmenden Genossinnen und Genossen war es auch eine ersehnte Gelegenheit, sich wieder persönlich zu begegnen. Im Laufe der Tagung wurden unsere Landtagsabgeordnete, Genossin Bettina Fortunato und unser Oberbürgermeister René Wilke begrüßt.



Sechs **Neumitglieder** wurden mit Beifall willkommen geheißen.

Im ersten Tagesordnungspunkt wurde die Ausarbeitung der Kreissatzung der Partei zum Abschluss gebracht.

Den Anwesenden lag der **Entwurf der Kreissatzung** vor, die unter Federführung der Genossen Frank Hühner, Michael Große und Joachim Wawrzyniak ausgearbeitet wurde und im Kreisvorstand noch einmal diskutiert worden war. Daraus hatten sich noch Änderungsanträge ergeben, die noch im Plenum erläutert, beraten und abgestimmt werden mussten. Danach wurde dem Entwurf in Gesamtheit zugestimmt.

Allen Genossinnen und Genossen war mit der Einladung auch der Leitantrag zugesandt worden. Seine aktualisierte Fassung wurde nun als **Initiativantrag** zur Diskussion und zur Abstimmung gestellt und mehrheitlich angenommen.

Daran anschließend sprach der Kreisvorsitzende Genosse **Stefan Kunath zu einigen außen- und innenpolitischen Entwicklungen**. DIE LINKE müsse sich auf neue „Weichenstellungen“ vorbereiten, die nach der Bundestagswahl eintreten werden. Dazu gehöre auch, dass sie hartnäckig und lautstark auf die Schwachstellen in der Gesellschaft aufmerksam machen muss, die durch die Corona-Pandemie noch offensichtlicher wurden. Sie müssten beseitigt werden u. a. durch eine bessere Bezahlung und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Pfl-

gekräfte, einen höheren Personalschlüssel und durch die Rekommunalisierung der Krankenhäuser. DIE LINKE müsse sich wieder wirksamer für die politischen und sozialen Interessen der Ostdeutschen in den Parlamenten einsetzen, überhaupt in Vertretungen in allen gesellschaftlichen Bereichen, für flächendeckende Tarifbindung, für die Lohn- und Rentenangleichung.

In dieser Hinsicht wertete Genosse Kunath die mögliche Etablierung des Zukunftszentrums für Europäische Transformation und deutsche Einheit in Frankfurt (Oder) als wichtiges Signal. In Bezug auf die Tesla-Ansiedlung müssten DIE LINKE und die Gewerkschaften die Arbeitsbedingungen, die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten, das Verkehrs- und Wasserkonzept und die Beteiligung des Unternehmens an der Finanzierung der Infrastruktur kritisch und kämpferisch begleiten.

Der sozial zu gestaltende Wohnungsmarkt ist ein weiteres Kampffeld für die LINKEN. Es gehe um ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum, auch altersgerecht und der Klimaveränderung angepasst. Des Weiteren gelte es für die LINKEN, den Gefahren für die Demokratie im Inneren, vor allem durch rechts, und dem gestörten sozialen Frieden, noch größere Aufmerksamkeit zu schenken und aktiv entgegenzutreten. Mit Blick auf die Außenpolitik ging Genosse Kunath u. a. auf die neue Rolle der USA nach den dortigen Wahlen, auf die Geopolitik der Großmächte, die deutsche Militärpolitik und den wachsenden Rüstungsausgaben ein. Zu begrüßen

sei die Freigabe des Patentschutzes für Impfstoffe durch das Europaparlament. Zum Abschluss seiner Rede hob Genosse Kunath die Möglichkeiten und Chancen Frankfurts als deutsch-polnische Doppelstadt im Herzen Europas, als Universitätsstandort und als lebenswerte Heimat hervor.

Genossin **Sandra Seifert berichtete von der Arbeit der Fraktion**. Kritisch einschätzend versprach sie engere Verbindung der Fraktionsmitglieder zur Basis und mehr Informationen für Veröffentlichungen im Roten Hahn. Sie schilderte, wie schwierig die Arbeit durch die Pandemie geworden sei. Zum Beispiel fehlte es an lebendiger Debatte zum Strategiepapier des Oberbürgermeisters.

Trotzdem bleibe die Fraktion dabei, René Wilke und die städtische Verwaltung kritisch zu begleiten und zugleich zu unterstützen. Durch fraktionsübergreifende Arbeit konnten ein Beschluss zum kostenfreien Mittagessen für sozial Schwache und ein Beschluss zur Wasserqualität in Frankfurt gefasst werden. Um den Umfang der bisher geleisteten Arbeit zu verdeutlichen, verwies sie u. a. auf die Weiterentwicklung des Konzepts zur Stadtentwicklung und zum Stadtumbau, die Bauland-Strategie der LINKEN, die weitere Entwicklung im Wohnungsbau, insbesondere bei altersgerechten und bezahlbaren Wohnungen und unter Beachtung gleichwertiger Wohnqualität in allen Stadtteilen, die Zusammenarbeit von Stadt und Universität, die Erarbeitung neuer Nutzungskonzepte für innerstädtische Brach- und Grünflächen,

die Fortschreibung der Kulturentwicklungsplanung und die Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien.

Sie kritisierte, dass seit 2020 eine Kindercharta existiere, welche kaum Wirkung zeige. Ernsthafte Probleme für Bildung, Beruf und die Wirtschaft bereite die ungenügende Abdeckung des Stadtgebietes, einschließlich der Ortsteile mit einem sicheren und schnellen digitale Netz. Zur Überwindung dieses Problems müssten verschiedene Seiten zusammenwirken.

Auf die beiden Referate folgte die **Generaldebatte**.

Genosse Wullekopf schätzte ein, dass die Ausstrahlungskraft der Partei zurückgegangen sei. Um dem im Wahlkampf entgegenzuwirken, müssten zum Beispiel kurze und prägnante Wahlaussagen für das Gespräch mit den Wählern und zur Information in Form von Handzetteln erstellt werden. Die Geschäftsstelle solle als Koordinierungsstelle im Wahlkampf dienen. Interessant für die konkrete Untersetzung der ökologischen Aussagen im Wahlprogramm sind seine Vorschläge, die er als Mitglied der ökologischen Plattform der Partei unterbrei-

tete: Sanierung des Stadtwaldes unter Einbeziehung der Forstakademie Eberswalde, die Verbesserung der Wärmedämmung bei städtischen Wohnungen, die Erstellung eines Katasters zur Ausrüstung geeigneter Dächer mit Photovoltaik, die Gründung einer Bürgergenossenschaft zur Selbstverwaltung dieser Form der Energieerzeugung, womit man auch die Akzeptanz in der Bevölkerung erhöhen könnte.

Genosse Dahlmann dankte der Fraktion für ihre umfangreiche Arbeit und bedauerte, dass sie zu wenig Außenwirkung in der Stadt erreicht. Zugleich mache sich bemerkbar, dass DIE LINKE zwischen den Wahlkämpfen zu wenig sichtbar sei. Genosse Dahlmann unterbreitete eine Vielzahl konkreter Vorschläge, wie ein aktiver Wahlkampf durch viele Genossinnen und Genossen geführt werden könne und zeigte an eigenen Beispielen, wie er gezielt und planvoll mit Interes-

sierten, mit Verwandten, Bekannten und früheren Arbeitskollegen um Wählerstimmen und um aktive Unterstützung wirbt. Jede Genossin und jeder Genosse solle verinnerlichen, dass der Erfolg des Wahlkampfes von ihr bzw. ihm mit abhängt, sei es auch durch den kleinsten machbaren Beitrag.

Genossin Fortunato schlug in ihrem Beitrag den Bogen von den Anfängen der Landtagsfraktion vor 31 Jahren zu der arbeitsintensiven, leider aber von der Regierung wenig geschätzten Arbeit der LINKEN im Landtag. Auch sie rief dazu auf, den Einfluss linker Ideen und Politik im Gespräch mit den Menschen zu verstärken, indem wir wieder verstärkt die Zusammenarbeit mit Verbänden, Vereinen



Beim Frankfurter Kreisparteitag: Bettina Fortunato (Mitglied des Brandenburger Landtages), Stefan Kunath (Kreisvorsitzender) und René Wilke (Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt (Oder))

und Organisationen betreiben.

Genosse Tom Berthold wertete als Delegierter den Wahlparteitag der LINKEN im Bund aus. Er gab einen Überblick zum Wahlprogramm und vermittelte einen Eindruck vom Ablauf und von der Diskussion. Dazu liegen auch Veröffentlichungen in den Printmedien und im Internet vor, so dass an dieser Stelle keine weiteren Ausführungen erfolgen.

Genosse Grunow, Mitglied der Volkssolidarität in Frankfurt (Oder), dankte Genossen Stefan Kunath für die Unterstützung des Verbandes durch DIE LINKE und übergab ihm das Jubiläumsbuch zum 75. Jahrestag der Volkssolidarität.

Mit Spannung erwarteten die Genossinnen und Genossen **Redebeitrag des Oberbürgermeisters**. Sein Auftreten machte Mut

für einen selbstbewussten Wahlkampf der Partei.

Er verwies auf viel Positives, was in den drei Jahren seit seiner Wahl verändert und entwickelt wurde, was vorher kaum denkbar erschien: Die zerstrittene Verwaltung und die Stadtverordnetenversammlung fanden zu neuem, konstruktiven Zusammenarbeiten; es entstanden gute Arbeitsbeziehungen zur Landesverwaltung; die Haushaltslage der Stadt hat sich wesentlich verbessert, gehe man ganz optimistisch heran, könne die Stadt schon 2026 schuldenfrei sein; es wurde eine Anlaufstelle für Kinder und Familien geschaffen; die Stadtteilkonferenzen und Ortsbeiräte werden stärker in städtische Entscheidungen einbezogen; nach

jetzigem Stand ist die Finanzierung für die Sanierung bzw. den Umbau des Rathauses und des alten Kinos gesichert; Neues wurde geschaffen bzw. entsteht mit den Ferdinandshöfen, mit dem Areal am Museum und in der Großen Oderstraße; in der ehemaligen Heeresbäckerei in der Gesingstraße richtet sich die Universität ein; Wowi und Wohnbau sanieren weitere Wohngebäude; zusammen mit dem Land wird an der Oderpromenade ein Programm zum weiteren Ausbau des

Hochwasserschutzes umgesetzt, womit gleichzeitig die Attraktivität dieses Uferabschnittes erhöht werden wird.

Leidenschaftlich warb Genosse Wilke für die Auswahl Frankfurts für das zu errichtende Zukunftszentrum. Gerade weil vielen Menschen in Ost wie in West eine optimistische Sicht auf die Zukunft fehle, die Globalisierung ihnen nicht beeinflussbar erscheint, der Klimawandel in alle Bereiche des Lebens eingreife, müssten klare, annehmbare und mitzugestaltende Perspektiven gezeigt werden als Gegenstück zum um sich greifenden Egoismus und Rückzug ins Private.

Zum Abschluss bedankte sich die Versammlungsleitung für die aktive Teilnahme in der Vorbereitung des Wahlkampfes.

Elke Thiele

Haben wir ein Problem?

Nachbetrachtung zur 2. Tagung des 7. Kreisparteitags

Am 26. Juni 2021 entschied sich eine absolute Mehrheit¹ (bei zwei Enthaltungen) des Kreisparteitages gegen einen Änderungsantrag zum, vom Kreisvorstand eingebrachten, Entwurf der Kreissatzung. Dieser betraf die Schlussbestimmungen. Deren zweiter Absatz lautet: „Änderungen dieser Satzung müssen durch den Kreisparteitag mit einer satzungsändernden Mehrheit beschlossen werden.“ Dieser Satz sollte entsprechend eines Änderungsantrags ergänzt werden, sodass er folgenden Wortlaut gehabt hätte: „Änderungen dieser Satzung müssen durch den Kreisparteitag mit einer satzungsändernden Mehrheit oder durch Mitgliederentscheid und Kreisparteitag mit einfacher Mehrheit beschlossen werden.“

Der ursprüngliche von der AG Kreissatzung vorgelegte Entwurf hatte genau diesen Wortlaut enthalten. Die AG hatte sich bei der Formulierung dieses Satzes an der Bundes- und der Landessatzung orientiert. Aus nicht nachvollziehbaren Gründen war Absatz 3 der Schlussbestimmungen des vom Kreisvorstand eingebrachten Kreissatzungsantrags vom Mitgliederentscheid „befreit“ worden. Die ehemalige AG Kreissatzung sah sich deshalb veranlasst, den oben aufgeführten Änderungsantrag einzubringen.

Am Vorabend des Kreisparteitages hatte sich der Kreisvorstand bereits schwer damit getan diesen zu übernehmen. Die Begründung des Änderungsantrages: „Laut § 8 des vorliegenden Kreissatzungsentwurfs kann zu allen politischen Fragen im Kreisverband ein Mitgliederentscheid durchgeführt werden. Angesichts der relativ niedrigen Teilnahmequote an Kreisparteitagen (in den letzten Jahren im Durchschnitt unter 30 Prozent) sind Mitgliederentscheide zu Änderungen der Kreissatzung ein geeignetes Instrument wirklich allen Mitgliedern die Teilnahme an dem

innerparteilichen Willensbildungsprozess über die Ordnung des innerparteilichen Lebens zu ermöglichen.“ reichte den Mitgliedern des Kreisvorstandes offenbar nicht. Der Kreisparteitag sollte darüber entscheiden.

Während des Kreisparteitags ergänzten die Einbringenden ihre Begründung damit, dass der Wortlaut des Änderungsantrages dem der übergeordneten Satzungen entspräche. Darauf gab es eine Gegenrede, die, wie das Ergebnis der Abstimmung zeigt, mehr Wirkung zeigte als die Fürrede. Dies will ich hier nicht vertiefend kommentieren. Es sei allerdings angemerkt, dass es bedenklich stimmt, wenn Kreisvorstand, ein führendes Kreisvorstandsmitglied und die dessen Argumentation folgenden Mitglieder einer Partei, die sich ansonsten für partizipative Demokratie einsetzt (siehe Parteiprogramm) das Instrument Mitgliederentscheid im Zusammenhang mit Satzungsänderungen ausschließen. Unter diesem Gesichtspunkt haben wir ein Problem des Verständnisses innerparteilicher Demokratie im Kreisverband.

Michael Große

¹Entsprechend §31 (3) der Bundessatzung und § 30 (3) der Landessatzung ist „Eine absolute Mehrheit (...) bei Sachabstimmungen (...) gegeben, wenn die Zahl der Ja-Stimmen die zusammengefasste Zahl der Nein-Stimmen und der gültigen Enthaltungen überschreitet.“

Vor 30 Jahren

Die MOZ veröffentlichte am 22.06.1991 ein Interview mit der Vereinsvorsitzenden des „Café Rosa“, Carmen Winter.

Der Frauenverein, der ausdrücklich auch Männern offenstand, war ein Jahr zuvor gegründet worden mit dem Ziel, für Frauen Veranstaltungen zu sozialen und kulturellen Themen zu organisieren und Frauen für gesellschaftliche Arbeit zu aktivieren.

Es war eine erinnernswerte Initiative, an die wir heutzutage anknüpfen können, um mehr Frauen für die politische Arbeit zu begeistern.

Sonnild Grünberg

Korrektur:

In Der Rote Hahn - Ausgabe 06.2021 muss auf Seite 12 die Jahreszahl in der Überschrift selbstverständlich 1941 lauten. Vielen Dank für den Hinweis!

IMPRESSUM

Der Rote Hahn

Informationsblatt der Partei DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

Kontakt:

✉ der-rote-hahn@dielinke-ffo.de

Beiträge, Bilder und Termine bitte ausschließlich an diese Email-Adresse senden!

Herausgeber

Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
Kreisvorsitzender Stefan Kunath
Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)

☎ (0335) 4002047
☎ (0335) 4002031
✉ geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de
🌐 <http://gleft.de/45M>
🌐 <https://www.dielinke-ffo.de/der-rote-hahn>
📘 <https://facebook.com/dielinkeffo>
📷 https://instagram.com/dielinke_frankfurtoder

AG Der Rote Hahn

Anja Kreisel (Leitung) (anja.kreisel@dielinke-ffo.de)

Michael Große, Sonnild Grünberg,

Christian Lehmann, Elke Thiele, Joachim Wawrzyniak

regelmäßige Gastautor:innen:

Horst Dahlmann, Frank Kreitner,

Stefan Kunath, Ella Schleese, Günther Wullekopf

Satz und Druck: Willi Wallroth

Spendenkonto:

Kontoinhaberin:
DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
IBAN: **DE73 1705 5050 3200 6168 99**
BIC: **WELADED1LOS**
bei der **Sparkasse Oder-Spree**
Kennwort: **Spende DER ROTE HAHN**

Druck: Eigendruck

Auflage: 400

Nächste Ausgabe: 26. August 2021

Einsendeschluss für die nächste Ausgabe:

19. August 2021, 13:00 Uhr

Nach diesem Termin eingesandte Beiträge können nicht mehr berücksichtigt werden!

Beratung der AG Der Rote Hahn: 19. August, 13:00 Uhr, Hybrid-Video-/Telefonkonferenz. Bitte rechtzeitig unter der-rote-hahn@dielinke-ffo.de anmelden!

Nachdrucke einzelner Artikel oder der gesamten Ausgabe bedürfen keiner Genehmigung, um eine Quellenangabe wird jedoch gebeten.

Gedruckt auf Recyclingpapier aus 100% Altpapier. Ausgezeichnet mit dem Blauen Engel und dem EU Ecolabel.



www.dielinke-ffo.de

Gute Rente, gutes Leben, solidarische Erwerbstätigenversicherung, soziale Sicherheit für alle

So lautet eine Zielstellung im Bundestagswahlprogramm der Partei DIE LINKE. Wie überall in Ostdeutschland verloren auch in Frankfurt tausende Menschen, die am Beginn oder in der Mitte ihres Berufslebens standen, Anfang der neunziger Jahre durch das destruktive Wirken der Treuhand ihre Arbeit.

Für die meisten war der Verlust des Arbeitsplatzes mit der Abwertung ihres Berufs verbunden. Viele der ab zweiter Hälfte des fünften Lebensjahrzehnt Stehenden erhielten im Arbeitsamt den Bescheid, dass sie nicht mehr „vermittelbar“ sind. Im Klartext: dass sie nicht mehr „gebraucht“ werden. Für viele Menschen wechselten sich Arbeitslosigkeit und Arbeit mit Niedriglohn ab. Derzeitig sind etwa 6000 Frankfurter langzeitarbeitslos und auf Hartz IV angewiesen. Etwa 70 Prozent von ihnen schon länger als ein halbes Jahrzehnt.

Drei Jahrzehnte nach der staatlichen deutschen Einheit arbeiten in unserer Stadt etwa 19 Prozent der lohnabhängigen Erwerbstätigen für Niedriglohn. Für viele ist die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, geblieben. Arbeitslosigkeit, Hartz IV-Bezug, Niedriglohn, auch Corona-Kurzarbeitergeld ziehen Rentenverlust und Niedrigrente nach sich.

Es ist mit dem Grundgesetz, Artikel 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ unvereinbar, dass immer mehr Menschen, die den gesellschaftlichen Reichtum mit geschaffen haben bzw. ihn täglich mit erarbeiten, mit Sorge auf einen Lebensabend in Armut blicken müssen. Trotz Finanzkrise 2008 und Corona-Krise nimmt die Zahl der Milliardäre, Millionäre und Reichen unablässig zu. Parallel dazu die Armut von der Kindheit bis ins Alter. Ohne grundsätzlichen Politikwechsel sind die Chancen der etwa 2100 Kinder, die in unserer Stadt in armen Familien leben, als Erwachsene aus der Armut herauszukommen gering.

Die Rentenpolitik der Bundesregierung ist ein Programm der Altersarmut. Das Rentenniveau von 53 Prozent im Jahr 2000 wurde auf derzeitig 48,4 Prozent gesenkt. Geht es nach Politikern der CDU/CSU, soll es bis auf 43 Prozent reduziert werden. Hinzu kommt, dass Menschen, die über

das 67. Lebensjahr hinaus arbeiten, in der Rentenhöhe belohnt und diejenigen, die früher als mit 65 Lebensjahren aus dem Arbeitsleben ausscheiden, mit Abschlägen sanktioniert werden sollen. CDU/CSU und FDP propagieren die private Rentenvorsorge. Für Millionen Menschen mit niedrigem, ja selbst mit normalem Einkommen ist das eine Illusion. Mit dem von der SPD und den Grünen in den Wahlprogrammen beabsichtigten „Ausbesserungen“ der Rentenpolitik ist Altersarmut weder zu bekämpfen noch vorzubeugen.

DIE LINKE fordert in Übereinstimmung mit Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden die sofortige Beendigung des Rentenabbaus. Sie kämpft für eine gesetzliche Rente, die ein sorgenfreies und selbstbestimmtes Leben im Alter gewährleistet. Dazu enthält ihr Wahlprogramm drei Kernforderungen:

- Das Rentenniveau ist wieder auf 53 Prozent anzuheben;
- Aufbau einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung, in die alle Erwerbstätigen in die Rentenversicherung einzahlen und eine gesetzliche Alterssicherung auch für bisher nicht versicherte Selbstständige, Freiberufler, Beamte, Politiker u. a. garantiert. Diese Regelung würde alle Menschen vor Armut im Alter schützen.;
- Garantie einer solidarischen Mindestrente von 1200 € für Menschen, die trotz der Rentenreform ein zu niedriges Einkommen haben, um davon leben zu können;

Das linke Konzept der solidarischen Erwerbstätigenversicherung beinhaltet ergänzende Maßnahmen, die aktuell Renten verbessern können, so u. a.:

- Rücknahme der Rente ab 67. Lebensjahre,

- Solidarausgleich für Niedriglohn,
- Bessere Anerkennung der Ausbildungszeiten,
- Einzahlung von Beiträgen für Langzeitarbeitslose,
- Erleichterten Zugang zu Erwerbsminderungsrenten,
- Sofortige Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost an West zur Aufhebung der Benachteiligung der ostdeutschen Rentner.

Die CDU/CSU will, wohl bedacht, nicht vor, sondern nach der Wahl im Bundeshaus Kassensturz machen. Für die Wirtschaft wird eine Steuererhöhung ausgeschlossen und eine Vermögenssteuer der Reichen abgelehnt. Dennoch soll ab 2023 wieder die schwarze Null den Haushalt prägen. Offensichtlich sehen Politiker und sie beratende Ökonomen bei Millionen Rentnerinnen und Rentnern sowie Menschen, die in den nächsten Jahren in das Rentenalter eintreten, ein Einsparpotenzial. Sie sollen für die Kosten der Corona-Krise, die Großaktionären einen Extrabonus beschert, aufkommen.

Wählerinnen und Wählern ist zu raten sich vor ihrer Wahlentscheidung mit dem linken Rentenkonzept vertraut zu machen (erhältlich in der Geschäftsstelle der Linkspartei am Zehmeplatz).

Es bedarf im nächsten Bundestag einer starken linken Fraktion, die, verbunden mit politischem Druck von unten, die Fortsetzung und Verschärfung neoliberaler Rentenpolitik öffentlich macht und ihr mit einer realistischen Alternative den Kampf ansagt.

Horst Dahlmann

So einer, wie unser Horst

So einer, wie unser Genosse Horst Dahlmann ist in unserer Partei unverzichtbar. Und das zeigt sich ganz besonders in dieser Wahlkampfzeit.



Horst Dahlmann und Stefan Kunath am 19. Juni auf der Gedenkveranstaltung zum 80. Jahrestag des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion. | Foto: Gerhard Hoffmann

Am 26. September 2021 wählen die Bürgerinnen und Bürger ihre Volksvertreterinnen und Volksvertreter für den Bundestag.

Volksvertreter:innen? Ist das überhaupt noch ein zeitgemäßer Ausdruck? Ich jedenfalls fühle mich von den meisten, die in Berlin unter Glaskuppel sitzen und über die Geschicke des Landes mitentscheiden, nicht vertreten. Um so wichtiger ist es, dass Kandidaten unserer Partei – DIE LINKE – im neu zu wählenden Bundestag gut vertreten sind. Dafür setzt sich Horst Dahlmann unermüdlich und beispielhaft ein. Horst wartet nicht ab, bis konkrete Vorgaben vom Kreisvorstand, bis Flyer und Werbetexte vom Land und Bund geliefert werden, er begibt sich, dem eigenen

Wissen vertrauend, eigenverantwortlich auf „seine Wahltour“.

Horst ist davon überzeugt, dass jeder, dem ein gutes Wahlergebnis der Linken am Herzen liegt, einen Beitrag, und sei er auch noch so klein, leisten kann.

Wie geht Horst vor? Als erstes schreibt er auf, wen er aus seinem näheren und auch entfernteren Umkreis kennt. Diese Liste arbeitet er akribisch ab, trifft sich mit ihnen, vereinbart Termine zu Gesprächen. Ganz selbstverständlich ist für Horst Dahlmann, unseren Kandidaten Stefan Kunath in der eigenen Familie bekannt zu machen. Doch das ist nicht alles. Ausgerüstet mit einigen Ausgaben „Roter Hahn“, in denen sich Stefan Kunath mehrfach zu Wort gemeldet hat, und der Kurzvorstellung Stefans auf der Postkarte – diese Karten liegen schon seit einiger Zeit im Kreisvorstand –, besucht er den kleinen Markt auf dem Hansaplatz und sucht mit Passanten das Gespräch. Wer Horst kennt, weiß, dass er dabei sehr taktvoll vorgeht, gesellt sich zu Leuten, die nach dem Rundgang auf dem Markt oder nach ihrem Einkauf im Supermarkt eine kleine Pause auf der Bank einlegen. Übrigens hat mir Horst auch von einer ziemlich ablehnenden Haltung

eines Frankfurters erzählt, trotzdem war dieser Skeptiker bereit zuzuhören und ist bei Horsts Argumenten nachdenklich geworden. Auf jeden Fall steckte er sich den „Roten Hahn“ ein. Diese Aktion von Horst verlangt uns Respekt ab. Einfach auf die Leute zugehen, versuchen, mit ihnen über politische Fragen zu reden, das ist nicht jedermanns Sache. Aber im eigenen Freundeskreis, in der eigenen Familie für Stefan Kunath zu werben, das kann man selbst bei ein weniger guten Kondition.

Ich sitze Horst gegenüber, seine Gesichtszüge, obwohl durch das Leben gezeichnet, sind entspannt, verraten jedoch seine geistige Konzentriertheit. Stets habe ich das Gefühl, Horst kennt kaum Ruhepausen, stets sind seine Gedanken bei den politischen Kämpfen unserer Zeit, die ihn und uns angehen, die seinen Einsatz erfordern. Horst verabschiedet sich, seinem Gang sind die fast neun Jahrzehnte Lebenszeit zwar anzumerken, und doch – welche Energie!. Mein Blick wird nachdenklich: Tue ich nicht zu wenig für den gerechten und so notwendigen Kampf unserer Linkspartei?

Ella Schleese

Mein Vertrauen gehört Stefan Kunath und der linken Partei

Geboren in Frankfurt (Oder), wohnhaft hier, und längere Zeit meines Berufslebens als Verkäuferin in unserer Stadt tätig, bin ich nun über das 8. Lebensjahrzehnt hinaus.

Vieles, vor allem außerhalb der Wohnung, wird immer mühsamer für mich. Da bin ich froh, dass Menschen mir mit Rat und Tat zur Seite stehen. Jüngst war es bei der Beschaffung eines Impftermins, Fahrt und Begleitung zum Impfzentrum und auch zum Augenarzt in Markendorf der Fall. Nun brauche ich auch meinen Rollator nicht mehr die Treppen aus dem Keller hoch zu schleppen. Er darf nun angeschlossen im Hausflur stehen.

Regelmäßig finde ich im Briefkasten den „Roten Hahn“ und weiß, dass die Helferinnen und Helfer Mitglied in der Linkspartei sind. Ich selbst habe nie einer Partei angehört. Der letzten Ausgabe des „Roten Hahns“ war eine Vorstellung von Stefan Kunath beigelegt. Ich habe von ihm schon Beiträge gelesen. Als Stadtverordneter setzt er sich für die Interessen der Stadt ein. Mich beeindruckt sehr, dass er mit über 7.000 Unterschriften dafür sorgte, dass die besonders schwere Arbeit der Krankenpflegerinnen und -pfleger bei der Betreuung der Corona-Erkrankten im Frankfurter Krankenhaus mit einer Prämie anerkannt wurde.

Ich finde es gut, dass der junge Mann, sich den Wählerinnen und Wählern in Frank-

furt und LOS als Kandidat für den Bundestag zur Wahl stellt. Aus meiner Lebenserfahrung habe ich das Gefühl, dass er nie vergessen wird, wo er hergekommen ist und dass er immer zu seinem Wort stehen wird.

Mein Vertrauen gehört Stefan Kunath und der linken Partei. Ich würde mich freuen, ihm mal zu begegnen.

Brigitte Müller

(Den Wunsch von Frau Müller nach einem persönlichen Gespräch mit Stefan Kunath erfüllt dieser sehr gerne. Derzeit wird ein passender Termin gesucht. Wir freuen uns darauf, anschließend über das Treffen berichten zu können.)